

Antrag

**der Abgeordneten Karin Prien, Dennis Gladiator, Franziska Grunwaldt,
Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburg – Frauen haben das Recht auf eine sichere Stadt

Spätestens seit den Silvesterübergriffen 2015/2016 stieg nicht nur die Sensibilität für das Thema sexuelle Übergriffe, gravierend geändert hat sich auch das Sicherheitsgefühl der Frauen¹. Laut einer Befragung des Instituts Infratest dimap gaben 34 Prozent der befragten Frauen an, sie fühlten sich „in den letzten zwei Jahren infolge der Zuwanderung zunehmend unsicher“. 62 Prozent offenbarten sogar, „abends bestimmte Straßen, Parks und Plätze zu meiden“, davon merkten wiederum 36 Prozent an, dass „sich dies bei ihnen allerdings erst im Laufe der letzten zwei Jahre so ergeben habe“. Gut ein Drittel der Frauen meidet zudem abends und nachts öffentliche Verkehrsmittel und 13 Prozent trügen Pfefferspray bei sich, wovon wiederum knapp zwei Drittel sich erst während der letzten zwei Jahre entsprechend ausgerüstet habe. Aussagen wie diese finden sich in Medienberichten², aber auch in Internetforen immer häufiger. Die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist aus, dass die Fälle der Beleidigungen auf sexueller Basis im Jahr 2016 um 507 (+54,5 Prozent) auf 1.438 Fälle angestiegen sind. Da sexuelle Beleidigungen und Übergriffe häufig jedoch nicht zur Anzeige gebracht werden – zumindest wenn sie ein gewisses Maß der Belästigung nicht übersteigen –, erklären die reinen Zahlen aber auch nur zum Teil das gestiegene Gefühl der Unsicherheit.

Auch die Betreiber von Clubs und Bars auf dem Kiez haben wahrgenommen, dass sich die Stimmung geändert hat. Bereits unmittelbar nach den Silvesterübergriffen 2015/2016 wurde punktuell auf St. Pauli versucht, durch Patrouille laufende Türsteher dieser Entwicklung zu begegnen. Allerdings gab es zu Recht auch warnende Stimmen, die darauf hinwiesen, dass hier keineswegs den Eindruck entstehen dürfe, dass, zumal aus zweifelhaften Milieus heraus, Selbstjustiz betrieben werden könne. Nun haben einige Clubs ein eigenes Sicherheitskonzept ausgearbeitet, das aber laut der Berichterstattung in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 3. Februar 2017 noch „nicht bis ins letzte Detail beschlossen“ ist. Es ist ureigene Aufgabe des Staates und damit des Senats, für die Einhaltung der Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger Sorge zu tragen. Nur die Sicherheitsbehörden verfügen über die notwendige Expertise und das Personal, um objektiv die Sicherheitslage zu verbessern und das subjektive Sicherheitsgefühl vor allem der Frauen zu erhöhen. Es ist daher erforderlich, dass von der Innenbehörde den Clubs und Kneipen nicht nur auf dem Kiez Berater zur Seite gestellt werden. Sie sollen aufzeigen, was sinnvoll und was möglich und rechtlich zulässig ist. Gleichzeitig soll die Polizei intern prüfen, inwieweit vermehrt Zivilfahnder in den Clubs und Kneipen, aber auch auf den Wegen dazwischen einzusetzen sind. Die sichtbare Polizeipräsenz dient zudem nicht nur dem subjektiven Sicherheitsgefühl, sondern auch der Erhöhung der Sicherheit. Die zunehmende Zahl der unbesetzten Stellen muss auch deshalb umgehend überwunden werden.

¹ Da rund 85 Prozent der Opfer Frauen sind, wird hier überwiegend auch von Frauen die Rede sein, zumal die vorgeschlagenen Maßnahmen alle Geschlechter schützen werden.

² „Für Frauen sieht die Bedrohungslage anders aus“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 7. Februar 2017.

Auch wäre es zu kurz gegriffen, das Thema sexuelle Übergriffe und subjektives Sicherheitsgefühl von Frauen nur auf das Umfeld von Clubs und Bars zu beschränken. Zudem liefern die PKS-Zahlen keinerlei Hinweise darauf, wo die Taten begangen wurden. Auch der öffentliche Nahverkehr bei Nacht wird als Ort, der Unbehagen bei Frauen auslöst, regelmäßig angeführt. Des Weiteren auch schlecht beleuchtete Straßen und Parkplätze. Zwar kann es absolute Sicherheit nicht geben. Gerade deshalb aber müssen Frauen die Bestätigung erhalten, dass ein unverrückbarer politischer und gesellschaftlicher Konsens besteht, dass die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen unantastbar und zu respektieren ist, sie nicht alleine gelassen und ihre Ängste in Gesellschaft und Staat ernst genommen werden. Eine öffentliche Kampagne, die im Umfeld von Clubs und Kneipen (beispielsweise in den Toiletten), aber auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln laufen soll, muss dies deutlich machen. Die Kampagne soll zugleich digital über die sozialen Medien lanciert werden. Durch diese soll betont werden, dass Polizei wie Besitzer von Clubs und Kneipen alle ihre jeweiligen Möglichkeiten nutzen, um Schutz zu gewährleisten und im Falle eines Übergriffs den Täter zu fassen und zu bestrafen. Auch soll den Opfern deutlich gemacht werden, dass sie keine Hemmungen haben müssen, sexuelle Übergriffe anzuzeigen.

Zwar verweist die Sozialbehörde im Internet auf Beratungsstellen bei sexuellem Missbrauch, doch sexuelle Übergriffe sind ein Spezialthema. Neben der öffentlichen Kampagne sollte daher eine eigene Internetplattform geschaffen werden, die für das Problem sensibilisiert und alle Ansprechpartner von Polizei, Hotlines, Therapien und Selbsthilfegruppen anführt, aber auch Ratschläge zum Thema Selbstverteidigung und Verhalten im Fall eines Übergriffs gibt. Die öffentliche Kampagne sollte auch auf diese Internetseite als Quelle für weitere Informationen zu dem Bereich hinweisen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein stadtweites Konzept zur Erhöhung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls von Frauen in Hamburg zu entwickeln und bis zum 30. Juni 2017 der Öffentlichkeit vorzustellen.
2. unverzüglich interessierten Kneipen- und Clubbesitzern bei der Erarbeitung von Sicherheits- und Awareness-Konzepten Experten der Polizei für das Thema Sicherheit vor sexuellen Übergriffen zur Verfügung zu stellen.
3. zu prüfen, inwieweit die Polizei vermehrt Zivilfahnder an besonders neuralgischen Stellen einsetzen kann und wie der Personalbedarf hierfür zur Verfügung gestellt werden kann.
4. die Polizeipräsenz entsprechend zu erhöhen und diese Aufgabe im Rahmen der Personalplanung zu berücksichtigen.
5. gemeinsam mit Polizei, Kneipen- und Clubbesitzern und der Justiz eine öffentliche Kampagne auf dem Kiez, dem Jungfernstieg und anderen neuralgischen Punkten aber auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln und digital über die sozialen Medien zu entwickeln, um das öffentliche Bewusstsein für die Problematik zu erhöhen und Betroffenen Ansprechpartner und Hilfen niedrigschwelliger zu vermitteln. Deren Ziel soll sein, deutlich zu machen, dass ein unverrückbarer politischer und gesellschaftlicher Konsens besteht, nach dem die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen unantastbar ist und alles, was dem zuwiderläuft, eine strafbare Handlung darstellt. Bürger gleich welchen Geschlechts, welcher Herkunft oder Nationalität haben dies zu respektieren. Auch soll die Kampagne Hemmungen vor der Anzeige einer Tat nehmen.
6. die Einrichtung einer Internetplattform mit mobiler Version zu veranlassen, auf der die verschiedenen Ansprechpartner im Falle eines sexuellen Übergriffs genannt sind, aber auch Tipps zum Thema Selbstverteidigung und Verhalten im Fall eines Übergriffs gegeben werden. Die zuvor erwähnte öffentliche Kampagne soll auf die Internetseite als Quelle für Informationen zu diesem Thema verweisen.
7. der Bürgerschaft hierüber bis zum 30. Juni 2017 zu berichten.